

Ihr Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 06/2018

23. März 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

einige von Euch und Ihnen werden es über verschiedenen Medien mitbekommen haben. Gemeinsam mit elf Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag habe ich ein Thesenpapier als Diskussionsbeitrag zum Erneuerungsprozess der SPD veröffentlicht. Bei allen Mitinitiatorinnen und Mitinitiatoren handelt es sich um junge und neugewählte Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion. Viele von uns wurden in ihren Wahlkreisen direkt gewählt. Wir wollen zeigen, dass wir die erforderliche Erneuerung unserer Partei ernst nehmen. Als junge Parlamentarier sehen wir uns bei diesem Projekt in einer besonderen Verantwortung. Unser gemeinsames Thesenpapier ist ein erster Beitrag dazu.



Wir fordern eine klare Positionierung zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen und einen neuen, zeitgemäßen Politikstil. Kein Positionspapier kann selbstverständlich die gelebte Praxis vor Ort, die notwendige Nähe und Hinwendung zu den Menschen und die Öffnung für gesellschaftliche Entwicklungen ersetzen.

Aus unserer Sicht kann nur die SPD die linke Volkspartei im 21. Jahrhundert sein. Wir wollen, können und werden diesen Anspruch weder anderen Parteien noch irgendeiner Bewegung überlassen.

Das Vertrauen in die Sozialdemokratie hat in den letzten 15 Jahren abgenommen und in dessen Folge auch der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler. Ursache hierfür sind nicht in erster Linie die jeweiligen Koalitionsbildungen, sondern das Handeln und Auftreten unserer Partei. Das Vertrauen in die sozialdemokratischen Parteien ist in ganz Europa zurückgegangen, weil sie in den letzten Jahrzehnten, in denen neoliberale Ideen die Politik dominierten, einen Anteil an den sozialen Rückschritten hatten. Das müssen wir uns eingestehen. Aber moralische Anklagen helfen nicht bei der Neuorientierung. Stattdessen gilt es, die Sichtweisen und Handlungsgründe der Akteure in jener Zeit zu erkennen, um gemachte Fehler zu korrigieren und das eigene Handeln neu auszurichten. Europaweit nehmen unterschiedliche zivilgesellschaftliche Bewegungen aktuelle politische Entwicklungen auf. Zumeist teilen sie die grundsätzlichen Werte der Sozialdemokratie. Deshalb wollen und müssen wir diesen Bewegungen zukünftig offener begegnen und sie, wo immer möglich, im sozialdemokratischen Kontext einbinden. So können wir konkrete Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wieder direkter aufnehmen. Die Erneuerung unserer Partei darf sich nicht auf organisatorische Fragen beschränken, sondern muss vor allem eine neue inhaltliche Präzisierung sozialdemokratischer Politik sein. Sie setzt eine ehrliche Ist-Analyse voraus. Bei der Erneuerung der SPD geht es im Wesentlichen um eine klare Positionierung in gesellschaftlichen Zukunftsfragen und um einen neuen Politikstil. In der Vergangenheit wurden inhaltliche Konflikte zu oft nicht geklärt, sondern mit Formelkompromissen übertüncht. Diese Zeit muss vorbei sein. Wir müssen klare und verständliche Positionen beziehen und unser politisches Handeln danach ausrichten.

Das Thesenpapier findet Ihr im Anhang dieses Newsletters oder auf meiner Homepage.

Ich freue mich auf die Debatte und Eure Meinung.

Euer



Ihr findet mich auch bei:



Volles Haus beim Abgeordnetenfrühstück in Ahlbershausen.



Frühstücksbuffet ausgezeichnet funktioniert, ich habe aus Berlin berichtet und viele Fragen beantwortet. Danke für die Gastfreundschaft an diesem angenehmen Vormittag, für die Unterstützung der Dorfgemeinschaft und der SPD Uslar und natürlich auch für das Päckchen Ahlbershäuser Schmuggelkaffee!

Tolles Abgeordnetenfrühstück im kleinen Dorf Ahlbershausen bei Uslar. Dort hatte ich bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr ein besonders starkes Ergebnis von 57,47% der Erststimmen erhalten. Und die

Bürgerinnen und Bürger, die mir soviel Vertrauen geschenkt haben, wollte ich gerne näher kennenlernen. Das gegenseitige Kennenlernen und der direkte Austausch haben bei einem einen tollen



Zu Gast beim 68. Kreishandwerkertag in der Stadthalle Holzminden.



ter Grant Hendrik Tonne die große Wichtigkeit der dualen Ausbildung. Gerade in diesem Bereich stellt die Weser zwischen den Landkreisen Holzminden und Höxter eine Brücke und keine Trennlinie dar. Gemeinsam sind die Berufsschulen und die Betriebe immer bestrebt, möglichst viele Ausbildungsplätze zu erhalten und die Zusammenarbeit ist eng und vorbildlich. Ich gratuliere auch allen geehrten Meisterinnen und

Meistern und den freigesprochenen Gesellinnen und Gesellen und wünsche weiterhin gutes Gelingen in allen Bereichen.

Gemeinsam mit meiner Landtagskollegin und stellv. Landrätin Sabine Tippelt habe ich am mittlerweile 68. Kreishandwerkertag in der Stadthalle Holzminden teilgenommen. In seinem ausgezeichneten Festvortrag betonte der neue niedersächsische Kultusminis-



Hospitationsseminar der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Hochschulgemeinden in meinem Berliner Büro.



Einen sehr kurzen, aber intensiven Einblick hinter die Kulissen der großen Bundespolitik durfte ich, Thomas Rapp, 26, vom 18.03. bis 24.03. beim Hospitationsseminar der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Hochschulgemeinden im Bundestag erhaschen.

Eingefasst von einem spannenden Rahmenprogramm stand für die 22 studentischen Seminar Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland und aus den verschiedensten Studienfächern eine Kurzhospitation bei je einem Abgeordneten des Bundestages im Mittelpunkt des Seminars. Ich, Student der Raumfahrttechnik und Informatik und bisher noch nicht großartig mit Parteipolitik in Berührung gekommen, wenn auch insgesamt durch verschiedene Ehrenämter politisch

aktiv und interessiert, durfte dabei in einer Sitzungswoche Johannes Schraps quasi auf Schritt und Tritt begleiten. Sehr herzlich wurde ich von Johannes und seinen Berliner Mitarbeiter*innen am Dienstagmorgen begrüßt und er nahm mich direkt auf einen langen Sitzungstag mit. Besonders spannend waren dabei für mich die Sitzungen der Arbeitsgruppen „Außen“ und „Europa“ der SPD-Fraktion, in denen im Hinblick auf das Mandat der Bundeswehr in Afghanistan die dortige Sicherheitslage beziehungsweise der aktuelle Stand der Brexit-Verhandlungen diskutiert wurden.

Im weiteren Verlauf der drei Tage im Berliner Büro von Johannes nahm ich an einem Gespräch mit einem Vertreter der EU-Kommission zur Lage in der Uk-

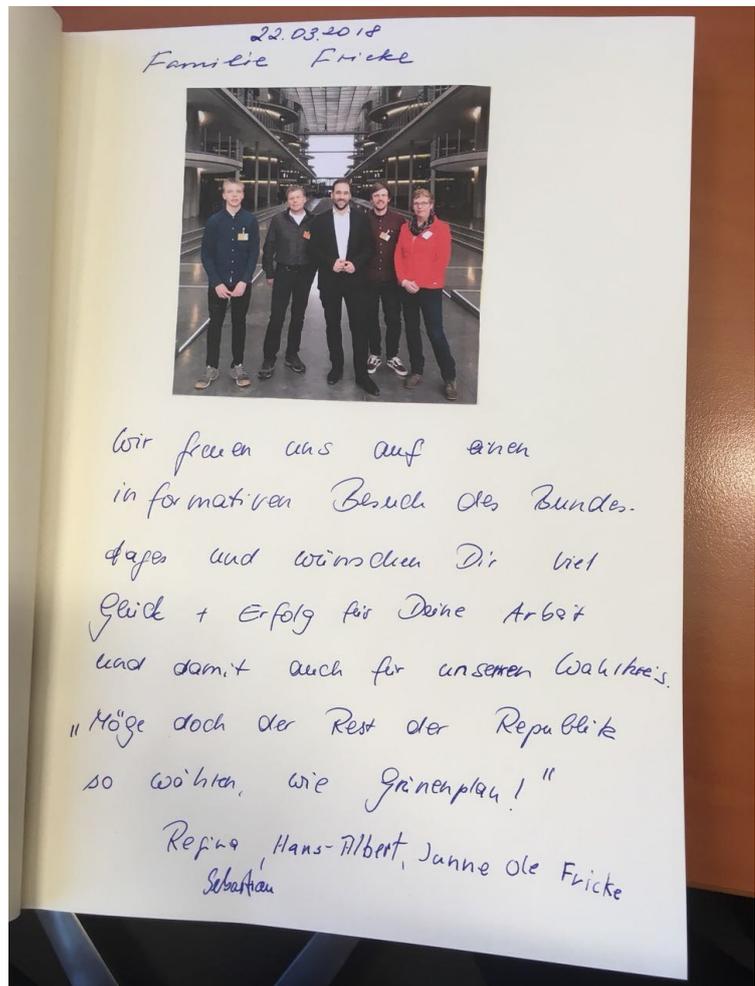
raine teil und verfolgte die erste Regierungserklärung der frisch wiedergewählten Bundeskanzlerin von der Zuschauertribüne. Dazwischen blieb Zeit für eine Führung durch den ganzen Gebäudekomplex, interessante Gespräche mit Johannes und seinen Mitarbeiter*innen und auch die Möglichkeit den Bundestag auf eigene Faust zu erkunden. In dieser intensiven und viel zu kurzen Woche konnte ich einiges hautnah erleben, was man sonst nur aus den Medien kennt und im Sozialkunde-Unterricht lernt. So fühle ich mich gestärkt, in meinem bisherigen sozialen Engagement, zuhause und in meinem Alltag für unsere Demokratie einzustehen – und wer weiß, vielleicht schnuppere ich ja doch irgendwann noch mal Partei-Luft.

An dieser Stelle möchte ich mich bei der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Hochschulgemeinden für die Organisation des Seminars bedanken. Noch viel herzlicherer Dank gebührt aber Johannes, Irina und Philipp, die sich auf dieses Hospitationsformat und den damit verbundenen Aufwand, mich zu betreuen, einließen und mir so die spannenden Erfahrungen erst ermöglichten!

Besuch von Familie Fricke aus Grünenplan.



Am Donnerstag hatte ich mit Familie Fricke aus Grünenplan erneut Besuch im Bundestag. Zwischen den Regierungserklärungen im Plenum habe ich mir Zeit für ein kurzes Treffen genommen. Ich habe mich sehr gefreut Euch im Bundestag zu begrüßen und bedanke mich herzlich für den tollen Gästebucheintrag und freue mich schon auf das geplante Abgeordnetenfrühstück in Grünenplan!



Wahl zum stellvertretenden Delegationsleiter für die Parlamentarische Versammlung der Union für das Mittelmeer.



Mit dem Delegationsleiter Roderich Kiesewetter (CDU).

Ich freue mich sehr, dass ich am Donnerstag zum stellvertretenden Delegationsleiter für die Parlamentarische Versammlung der Union für das Mittelmeer (PV-UfM) gewählt wurde. Delegati-

onsleiter bleibt, wie in der vergangenen Legislatur, der CDU-Kollege Roderich Kiesewetter. Mit Kai Gehring von der Grünen, Renata Alt von der FDP, Heike Hänsel von den Linken, Detlev

Müller von der SPD und Detlev Seif von der CDU haben die meisten im Bundestag vertretenen Fraktionen an der konstituierenden Sitzung der Delegation teilgenommen.

Hintergrund:

Als Antwort auf die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten wurde im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik 1995 mit der Barcelona-Erklärung eine verstärkte Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten mit den östlichen und südlichen Mittelmeerrainern initiiert (sogenannter Barcelona-Prozess). Auf deutsch-französische Initiative hin wurde 2008 der Barcelona-Prozess mit der Gründung der Union für den Mittelmeerraum mit Sitz eines

ständigen Sekretariats in Barcelona institutionalisiert und vertieft. Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sind Abgeordnete aus den Parlamenten



der EU-Mitgliedstaaten, aus dem Europäischen Parlament und aus dem nördlichen Mittelmeerrainernstaaten, die nicht Mitglieder der EU sind, und entsprechend der Nord-Süd Parität ebenso viele aus den südlichen Mittelmeerrainernstaaten. Die Parlamentarische Versammlung der Union für das Mittelmeer ist eines der ganz wenigen Gremien in denen die Israelis und Palästinenser als gleichberechtigte Mitglieder miteinander in Gespräch kommen.

Frohe Ostern.

gänseblümchen / pixello.de

Mein Team und ich wünschen Euch allen frohe Ostern, warme Frühlingssonnenstrahlen und schöne Festtage mit viel Zeit im Kreise der Familie und Freunde.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva

Dr. Wiebke Esdar, MdB
Timon Gremmels, MdB
Elisabeth Kaiser, MdB
Elvan Korkmaz, MdB
Helge Lindh, MdB
Siemtje Möller, MdB



Falko Mohrs, MdB
Josephine Ortleb, MdB
Johannes Schrapf, MdB
Michael Schrodi, MdB
Dr. Manja Schüle, MdB
Marja-Liisa Völlers, MdB

Die SPD – linke Volkspartei im 21. Jahrhundert

Als junge und neu gewählte Bundestagsabgeordnete haben wir dieses Papier verfasst, um einen Debattebeitrag zur Erneuerung unserer Partei zu leisten. Wir sind davon überzeugt, dass nur eine starke Sozialdemokratie die sozialen Herausforderungen und wichtigen Zukunftsfragen verantwortungsvoll beantworten kann. Nur die SPD muss und kann die linke Volkspartei im 21. Jahrhundert sein. Wir wollen, können und werden diesen Anspruch weder anderen Parteien noch irgendeiner Bewegung überlassen.

Das Vertrauen in die Sozialdemokratie hat in den letzten 15 Jahren stark abgenommen, in dessen Folge auch der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler. Ursache hierfür sind nicht in erster Linie jeweilige Koalitionsbildungen, sondern das Handeln unserer Partei. Das Vertrauen in die sozialdemokratischen Parteien in Europa ist zurückgegangen, weil sie in den letzten Jahrzehnten, in denen die neoliberalen Ideen die Politik dominierten, einen Anteil an den sozialen Rückschritten hatten. Aber moralische Anklagen helfen nicht bei der Neuorientierung. Stattdessen gilt es, die Sichtweisen und Handlungsgründe der Akteure in jener Zeit zu erkennen, um gemachte Fehler zu korrigieren und das eigene Handeln neu auszurichten. Europaweit nehmen unterschiedliche zivilgesellschaftliche Bewegungen aktuelle politische Entwicklungen auf. Zumeist teilen sie die grundsätzlichen Werte der Sozialdemokratie. Deshalb wollen und müssen wir diesen Bewegungen zukünftig offener begegnen und sie, wo immer möglich, im sozialdemokratischen Kontext einbinden. So können wir konkrete Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wieder direkter aufnehmen. Die Erneuerung unserer Partei darf sich nicht auf organisatorische Fragen beschränken, sondern muss vor allem eine neue inhaltliche Präzisierung sozialdemokratischer Politik sein. Sie setzt eine ehrliche Ist-Analyse voraus.

Bei der Erneuerung der SPD geht es im Wesentlichen um eine klare Positionierung in gesellschaftlichen Zukunftsfragen und um einen neuen Politikstil. In der Vergangenheit wurden inhaltliche Konflikte zu oft nicht geklärt, sondern mit Formelkompromissen übertüncht. Diese Zeit muss vorbei sein. Wir müssen klare und verständliche Positionen beziehen und unser politisches Handeln danach ausrichten.

- Die schwarze Null ist kein finanzpolitisches Programm und kein eigenständiges Ziel. Politische Herausforderungen brauchen politische Antworten. Die notwendige Antwort auf die zu geringe Investitionstätigkeit und die zunehmende soziale Spaltung sind höhere Investitionen in Bildung, Wohnungsbau, Verkehrs- und digitale Infrastruktur sowie eine Veränderung der Einnahmenseite des Bundes. Hohe Einkommen und große Vermögen müssen endlich wieder einen angemessenen Anteil an der Finanzierung gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben tragen. Kapital muss mindestens so stark besteuert werden wie Einkünfte aus Arbeit. Eine von der Sozialdemokratie angestoßene Debatte um eine geeignete Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist dringend notwendig. Zu oft wurde der Begriff Generationengerechtigkeit missbraucht, um den Sozialstaat zu schwächen. Wir wollen eine Neubestimmung des Begriffs: Generationengerechtigkeit ist Verteilungsgerechtigkeit. Es geht nicht darum, Jung gegen Alt auszuspielen, es geht um Chancen auf ein gutes Leben für alle Generationen, heute und morgen.

Dr. Wiebke Esdar, MdB
Timon Gremmels, MdB
Elisabeth Kaiser, MdB
Elvan Korkmaz, MdB
Helge Lindh, MdB
Siemtje Möller, MdB

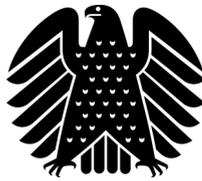


Falko Mohrs, MdB
Josephine Ortleb, MdB
Johannes Schrapf, MdB
Michael Schrodin, MdB
Dr. Manja Schüle, MdB
Marja-Liisa Völlers, MdB

Die SPD – linke Volkspartei im 21. Jahrhundert

- Das neoliberale Dogma „Privat vor Staat“ hat den Versicherungsunternehmen und Aktueuren auf dem Kapitalmarkt hohe Gewinne beschert, nicht aber den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand gemehrt. Vielmehr kann sich eine größer werdende Zahl von Menschen in unserem Land nicht mehr sicher sein, in ausreichendem Maße gegen bestehende Lebensrisiken abgesichert zu sein. Die SPD muss daher für eine weitere Stärkung der solidarischen gesetzlichen Rentenversicherung sorgen, statt auf private Versicherungsunternehmen zu setzen. Wir brauchen eine Neuordnung in der Sozialpolitik, die in jeder Lebenslage dafür sorgt, dass sich Menschen auf einen starken Staat verlassen können.
- Um auch zukünftig gute und sichere Arbeitsplätze zu garantieren, brauchen wir eine starke Wirtschaft mit einem klaren Bekenntnis zu kleinen und mittelständischen Unternehmen und zum Handwerk. Über wirtschaftliche Stärke entscheiden nicht die niedrigsten Steuersätze oder möglichst wenig Regulierung, sondern eine leistungsstarke Infrastruktur, hervorragend ausgebildete Fachkräfte, politische und gesellschaftliche Stabilität sowie der gesellschaftliche Mut zur Innovation. Diesen Mut braucht die Sozialdemokratie.
- Durch die Digitalisierung der Arbeit und der Gesellschaft befinden wir uns inmitten einer technologischen Revolution. Das bietet große Chancen. Wir wollen und dürfen diese Entwicklungen aber nicht unreguliert dem freien Markt überlassen. Politik trägt Verantwortung dafür, diesen gesellschaftlichen Fortschritt zu gestalten, indem sie Menschen durch Aus- und Weiterbildung darauf vorbereitet und für entsprechende Gesetzgebung und rechtliche Eindeutigkeit sorgt. Während die Investitionen von der Allgemeinheit getragen werden, dürfen die Gewinne nicht ausschließlich privatisiert werden. Von der Digitalisierung muss die gesamte Gesellschaft profitieren.
- Die Umweltfrage ist eine soziale Frage. Die Folgen des Klimawandels treffen die benachteiligten Regionen unserer Erde und die wirtschaftlich schwachen Teile einer Gesellschaft stärker als finanzstarke Gruppen. Die SPD muss darum der führende Teil einer sozialökologischen Bewegung sein. Hier haben wir Erfahrung und Kompetenz. Es war die SPD, die Deutschland aus der Kernkraft und die erneuerbaren Energien zu ökologischem und wirtschaftlichem Erfolg geführt hat. Klar ist: Auch bei den nächsten Schritten der Energiewende dürfen wir die soziale Frage nicht aus dem Blick verlieren. 2022 geht das letzte AKW vom Netz. Im nächsten Schritt müssen wir zeitnah aus der Kohlekraft aussteigen. Hier brauchen sowohl die Beschäftigten wie auch die betroffenen Regionen klare Zukunftsperspektiven.
- All diese Antworten kann nur ein soziales und demokratisches Europa geben. In den letzten Jahren hat eine Politik des Kaputtsparens und der Abschottung die europäische Idee schwer beschädigt. Daher fordern wir einen Neustart für die Europäische Union. Wir wollen ein solidarisches Europa, das für alle Bürgerinnen und Bürger erfahrbar wird. Dafür müssen wir nicht nur Entscheidungsprozesse demokratisieren, sondern den europäischen Zusammenhalt auch durch konkrete soziale, wirtschaftliche, friedenspolitische und kulturelle Initiativen stärken. Einem neoliberal-konservativen Dogma wollen wir eine sozialdemokratische Alternative entgegensetzen.

Dr. Wiebke Esdar, MdB
Timon Gremmels, MdB
Elisabeth Kaiser, MdB
Elvan Korkmaz, MdB
Helge Lindh, MdB
Siemtje Möller, MdB



Falko Mohrs, MdB
Josephine Ortleb, MdB
Johannes Schrapf, MdB
Michael Schrodi, MdB
Dr. Manja Schüle, MdB
Marja-Liisa Völlers, MdB

Die SPD – linke Volkspartei im 21. Jahrhundert

Zu einer starken und klaren inhaltlichen Positionierung gehört für unsere politische Arbeit ein offener, zuhörender, bürgernaher, transparenter und klarer Stil. Als Vertreterinnen und Vertreter einer Volkspartei ist es uns dabei wichtig, in gesellschaftlichen Gruppen verankert zu sein und diese einzubeziehen.

- Eine starke Streitkultur: Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Papiers haben für oder gegen die neue große Koalition argumentiert. Uns eint, dass wir alle um den besten Weg für die Menschen und die Sozialdemokratie ringen. Wir wollen auch zukünftig kontrovers und hart in der Sache diskutieren, aber immer fair im Umgang. Das belebt unsere Partei, macht die Demokratie spannend und wieder attraktiv für viele Menschen -davon sind wir überzeugt.
- Wir müssen auch in der Auseinandersetzung mit den demokratischen Mitbewerberinnen und Mitbewerbern die Begriffe Streit und Debattenkultur wieder stärker voneinander trennen. In Zeiten großer gesellschaftlicher Veränderungen ist eine offene, auch kontroverse Debatte um die richtigen Weichenstellungen – gerade auch unter Koalitionspartnern – keine Schwäche, sondern belebendes Element der Demokratie.
- Eine gute Politik beginnt mit der Betrachtung des Lebensalltags der Bürgerinnen und Bürger: Unsere Aufgabe als Partei ist es zuzuhören, zu hinterfragen und die Themen aufzugreifen, sie zu diskutieren und eine sozialdemokratische Antwort zu formulieren. Auf Augenhöhe, nicht von oben herab. Dies ist ein dauerhafter Prozess, dies ist unser Politikverständnis. Es geht nicht um einmalige Beteiligungsformate oder Veranstaltungsreihen.
- Mehr Offenheit und Sichtbarkeit: Dem gesunkenen Vertrauen in die Politik wollen wir mit mehr Transparenz innerparteilicher wie parlamentarischer Entscheidungsprozesse begegnen. Unser Anspruch ist es, Entscheidungswege und -gründe offensiv zu erklären. Wir wollen eine ernstgemeinte Beteiligung und Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern sowie unserer Parteibasis. Dazu gehört eine klare und verständliche Sprache, die die Abläufe nachvollziehbar macht. Im Bundestag werben wir dafür, dass die Sitzungen der ordentlichen Ausschüsse zukünftig grundsätzlich öffentlich tagen.
- Wir brauchen in der SPD und weit über sie hinaus eine breit angelegte Debatte, die selbstbewusst gerechte, solidarische und nachhaltige Antworten auf die ökologischen und sozialen Fragen in Deutschland, in Europa und in der Welt erarbeitet. Sie müssen über das unmittelbare Regierungshandeln als Partner in einer Koalition hinausgehen. Ziel der SPD muss es sein, diese Zukunftsdebatte in der Partei zu führen, in die Gesellschaft zu tragen und am Ende parlamentarische Mehrheiten diesseits von CDU und CSU möglich zu machen.